

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Handwerkskolleginnen und -kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich heiÙe Sie sehr herzlich willkommen zur Sommersitzung der Vollversammlung der Handwerkskammer Reutlingen. Besonders begrüÙen möchte ich zunächst Herrn Ministerialrat Bernd Scherrer als Vertreter des Wirtschaftsministeriums. Seien Sie uns herzlich willkommen.

Angesichts der Temperaturen werde ich versuchen, mich heute kurz zu fassen, und deshalb steige ich gleich in meinen Bericht ein. Wirtschaft, so sagen manche Wissenschaftler, sei zu mehr als 50 Prozent Psychologie. Ein Sieg der deutschen Mannschaft bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika wäre so zum Beispiel auch ein Gewinn für Konsumklima und Konjunktur in Deutschland gewesen. Pech gehabt, könnte man jetzt sagen, Deutschland ist nur Dritter geworden. Aber was sagt die Konjunktur zu diesem Ergebnis?

Nun, die Konjunktur hat Fahrt aufgenommen, das konnte die Handwerkskammer als Ergebnis des zweiten Quartals 2010 melden. Mehr Aufträge, steigende Umsätze – die Handwerksbetriebe sind mit der Geschäftsentwicklung der vergangenen Monate offensichtlich überwiegend zufrieden. Auch die Erwartungen sind optimistisch: Fast jeder zweite Betrieb rechnet mit einem guten Sommerquartal 2010. Und ich glaube sagen zu können, dass sich dieser Aufwärtstrend fortsetzen wird.

Vier von zehn Unternehmen bezeichnen ihre aktuelle Geschäftslage demnach mit der Note „gut“. Mehr als 45 Prozent meldeten steigende Auftragseingänge. Gleichzeitig ist die Zahl der Unternehmen, die Rückgänge verkraften mussten, im Frühjahr deutlich zurückgegangen. Ihr Anteil beträgt aktuell rund 16 Prozent. Noch im Vorjahresquartal verzeichnete mehr als ein Viertel der Betriebe weniger Aufträge. Die solide Aufwärtsentwicklung der vergangenen Monate wirkt sich auf die Erwartungen aus. Rund zwei Drittel rechnen im Sommerquartal mit einer stabilen Auftragslage, jeder Fünfte erwartet ein Auftragsplus.

Ganz ähnlich fallen die Umsatzerwartungen der Betriebe aus. Knapp ein Viertel geht von steigenden Umsätzen aus, mehr als die Hälfte der Unternehmen rechnet mit stabilen Umsätzen. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt: Mehr als 13 Prozent der Betriebe haben im zweiten Quartal zusätzliche Mitarbeiter eingestellt. Damit heben sich die Betriebe im Bezirk der Handwerkskammer Reutlingen im Übrigen deutlich vom landesweiten Durchschnitt ab.

Allerdings dürfen wir nicht übersehen, dass es weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Handwerksgruppen gibt. Während das Bauhauptgewerbe, die Ausbaubranche und das Kfz-Gewerbe gute Geschäfte melden, hat sich die Lage der Gesundheitshandwerker weiter verschlechtert. Anzeichen einer baldigen Besserung sind leider nicht zu erkennen. Die Erwartungen der Optiker, Zahntechniker und Orthopädietechniker sind überwiegend pessimistisch und liegen sogar deutlich unter den Werten des Vorjahresquartals. Die Maschinenbauer und Elektrobetriebe hingegen scheinen den Weg aus der Krise gefunden zu haben. Die Zulieferbetriebe profitieren von steigenden Exporten der Industrie.



Ist die Wirtschaftskrise also jetzt endgültig überwunden, meine sehr verehrten Damen und Herren? Sagen wir so: Die Auswirkungen scheinen überwunden zu sein, so wie das Handwerk überhaupt vergleichsweise gut durch diese Krise gekommen ist. Ein Wermutstropfen könnte jetzt allerdings auf die Betriebe warten: Vorsicht ist geboten bei den Plänen der Bundesregierung, auch von den Sparkassen und Volksbanken eine zusätzliche Bankenabgabe zur Finanzierung eines Risikofonds für das gesamte Bankenwesen zu erheben. Schließlich werden wir davon ausgehen können, dass diese Bankenabgabe auf die Kreditkosten der Sparkassen und Volksbanken aufgeschlagen wird. Dabei haben sich die Kreditkonditionen in den letzten beiden Jahren ohnehin in erheblichem Maße verschlechtert und nun langt der Bund auch noch zu. Das darf nicht sein.

Die Abgabe schadet nicht nur den jetzt zu Beginn des Aufschwungs wieder besonders geforderten Investitionsfinanzierungen im Handwerk, sondern sie ist außerdem unnötig. Sparkassen und Volksbanken verfügen jeweils über eigene Sicherungssysteme, die auch in der aktuellen Finanzkrise ihre Funktionsfähigkeit voll und ganz unter Beweis gestellt haben. Schon allein aus diesem Grunde muss die Bundesregierung Sparkassen und Volksbanken aus dem geplanten umfassenden Haftungsverbund herausnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das Handwerk ist auch deshalb vergleichsweise gut durch die Krise gekommen, weil die Politik mit verschiedenen Maßnahmen dafür gesorgt hat, dass die Binnenkonjunktur weiter gelaufen ist. Dazu zähle ich zum einen den schon älteren Steuerbonus für Handwerkerleistungen, aber eben auch die unterschiedlichen Fördermaßnahmen, wie sie in den Konjunkturpaketen enthalten waren. In der Vergangenheit ist es Dank dieser Fördermittel deshalb auch gelungen, Arbeitsplätze im Handwerk zu sichern. Diese Erfolgsgeschichte darf nicht gefährdet werden.

Deshalb hatten wir auch den radikal-kurzfristigen Eingriff von Bundesumweltminister Norbert Röttgen in den Solarstrommarkt ohne zeitlichen Anpassungshorizont kritisiert. Wenn dieses Konzept umgesetzt worden wäre, dann hätte es vor allem die Kleinbetriebe im Handwerk geschwächt, die sich und ihren Mitarbeitern im innovativen Bereich regenerativer Energien in den letzten Jahren eine Existenz aufgebaut haben. Das heißt aber nicht, dass wir grundsätzlich gegen eine Flexibilisierung und Verringerung der Einspeisevergütungen sind. Im Gegenteil. Durch den technologischen Fortschritt bei der Fertigung und der Produktentwicklung kann er auch etwas beschleunigt werden, allerdings nicht so plötzlich und in derartig großen Schritten, wie das ursprünglich angedacht war. Deshalb hatten wir auch die IHK-Forderung nach einem Stopp der Solarförderung als kurzfristig und unausgegoren kritisiert. Dieser Vorschlag wäre allenfalls in Verbindung mit der Forderung nach einem raschen Aufbau regenerativer Energieerzeugung diskussionsfähig. Wir haben uns deshalb auch mit unserer Position auf einer Linie mit Umweltministerin Tanja Gönner gesehen, die einen solchen Vorschlag als „rückwärts gewandt“ bezeichnet hatte. Zudem zeigt die Erfahrung, dass bei abrupten Ausstiegen aus Förderszenarien meist das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Hier wird Vertrauen zerstört, das sich deutlich über das betroffene Subventionsgebiet hinaus auswirkt. Wir haben deshalb deutlich gemacht, dass wir den Ansatz der Bundesregierung für richtig halten, einen solchen Ausstieg in Form einer schrittweisen Reduzierung bei gleichzeitigem Aufbau neuer Förderungsfelder zu vollziehen.

Lassen Sie mich abschließend zu diesem Thema noch sagen, dass ich schon sehr erstaunt darüber war, dass sich die IHKn zu einem Thema äußerten, das vor allen Dingen die im Bereich Fotovoltaik tätigen Handwerksbetriebe angeht.



Ich will noch auf ein weiteres umweltpolitisches Thema kurz eingehen. Wir haben die im Sparpaket der Bundesregierung enthaltene Brennelementesteuer, mit der die Betreiber der Atomkraftwerke 2,3 Milliarden Euro pro Jahr als Ausgleich für verlängerte Laufzeiten bezahlen sollen, sehr deutlich kritisiert. Diese Abgabe wird spurlos im allgemeinen Steuertopf verschwinden. Das Ziel, wenigstens die Hälfte der Zusatzgewinne abzuschöpfen und damit den Ausbau regenerativer Energien voranzutreiben, hat die Regierung offensichtlich völlig aus den Augen verloren.

Glücklicherweise wurde in der Zwischenzeit der Haushaltsstopp für das Marktanzreizprogramm aufgehoben – sonst hätte man wohl davon sprechen müssen, dass die Regierung sträflich alle Klimaschutzziele missachtet. Kunden und Betriebe haben nun wieder Planungssicherheit. Jetzt stehen wie ursprünglich geplant in diesem Jahr noch Fördermittel in Höhe von 115 Millionen Euro zur Verfügung. Die Bundesregierung hätte ansonsten auch viele Handwerksbetriebe gefährdet, die sich im innovativen Bereich der regenerativen Energien in den letzten Jahren eine Existenz aufgebaut haben und sich zum Beispiel auf Holzpellettheizungen oder den Einbau von Solarthermieanlagen spezialisiert haben. Der plötzliche Stopp ohne Vorankündigung hätte darüber hinaus zu Problemen mit investitionswilligen Hauseigentümern geführt, denen die Förderung bei der Angebotserstellung in Aussicht gestellt worden war.

Gleichwohl beinhaltet die neue Regelung einige Wermutstropfen. Die Finanzmittel werden zukünftig verringert, für viele Anlagen werden die Anforderungen massiv verschärft, viele der bislang verbauten Anlagen künftig gar nicht mehr gefördert. Der Anreiz für sanierungswillige Hausbesitzer, in Anlagen für Erneuerbare Energien zu investieren, wird möglicherweise deutlich sinken. Die Förderung soll also zwar fortgesetzt werden, jedoch unter veränderten Bedingungen. Danach fallen sämtliche Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien in Neubauten aus der Förderung heraus. Gleiches gilt für Solarkollektoranlagen, die ausschließlich der Warmwasserbereitung dienen. Hingegen bleiben Anlagen, die kombiniert für Warmwasser und zum Heizen eingesetzt werden, förderfähig. Zusätzlich gelten für Wärmepumpen höhere Effizienzanforderungen.

Außerdem erhalten Anträge, die bis zum Programmstopp am 3. Mai gestellt wurden, die volle Förderung nach den alten Bedingungen. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums sollen die noch nicht abschließend bearbeiteten Altanträge nun zügig bewilligt werden. Anders verhält es sich bei Anträgen, die in der Hoffnung auf eine nur kurzzeitige Haushaltssperre nach dem 3. Mai gestellt wurden. Sie werden abgelehnt. Diesen Hauseigentümern bleibt nichts anderes übrig, als einen neuen Antrag nach den neuen Konditionen stellen. So etwas sollte künftig nicht mehr passieren, denn ich befürchte, dass die Politik damit das Vertrauen der Bürger verspielt. Das gilt vor allen Dingen für Baden-Württemberg, denn nur hier haben die Hauseigentümer die Pflicht, wegen des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes bei der Gebäudesanierung verstärkt auf erneuerbare Energien zu setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte zum Schluss noch ein weiteres Zukunftsthema ansprechen, und zwar die Bildungspolitik. Dieses Thema ist deshalb so wichtig für uns, weil die Nachwuchsprobleme die Zukunftsfähigkeit des Handwerks letztendlich gefährden.

Um es also ganz deutlich zuzusagen: Uns geht der Nachwuchs aus. Und das nicht etwa deshalb, weil die Betriebe in ihrer Ausbildungsbereitschaft nachgelassen hätten. Arbeitsplätze für Niedrigqualifizierte gibt es im Handwerk



praktisch nicht mehr. Und nur ein Handwerk, das auf gut qualifizierten Gesellen und Meistern aufbaut, wird auch etwas für die Arbeitsmarktpolitik und für Menschen tun können, die im Arbeitsmarkt nur begrenzte Chancen haben. Der überwiegende Teil unserer Lehrlinge kommt nach wie vor aus der Hauptschule. Wir sind der wichtigste Ausbilder für Hauptschüler, und mehr als die Hälfte der Hauptschüler, die in eine duale Ausbildung gehen, finden im Handwerk ihren Platz.

Das Handwerk ist inzwischen allerdings ganz eindeutig in einer Zwickmühle. Zum einen sind wir im Wettstreit mit der Industrie und anderen Dienstleistern – alle wollen natürlich die besten Bewerber für sich gewinnen. Hinzu kommt, dass die Zahl der Bewerber demografisch bedingt deutlich zurückgeht. Das statistische Landesamt meldete kürzlich, dass die Zahl der Schüler bis zum Jahr 2020 insgesamt um etwa ein Drittel abnehmen wird! Was aber noch schlimmer ist: Immer mehr junge Menschen wählen inzwischen einen rein schulischen Bildungsweg. Dabei hatten wir uns eigentlich durch die starke Berufsorientierung der Werkrealschule eine Chance für das duale System erhofft.

Sie wissen, dass wir die neue Werkrealschule begrüßt hatten. Allerdings sind wir durch einige Entwicklungen in der Vergangenheit deutlich skeptischer geworden. Einer der Kritikpunkte ist, dass der Übergang zum Werkrealschulabschluss von einer Mindestnote abhängig ist. Die neue Selektionsstufe konterkariert die vollmundig angekündigte Gleichwertigkeit zum mittleren Bildungsabschluss an der Realschule. Letztendlich fördert die Werkrealschule weiterhin Selektionsmechanismen bereits in der Grundschule und wird zu einer Art „Realschule 2. Klasse“. Wir brauchen aber keine weitere Selektionsstufe, sondern eine berufliche Werkrealschule, die der Realschule in allen Belangen gleich gestellt ist. Was von der ursprünglich innovativen Idee übrig geblieben ist, können wir also wirklich nicht akzeptieren.

Nur wer einen Notendurchschnitt von 3,0 in den Kernfächern vorweisen kann, soll die 10. Klasse der Werkrealschule besuchen dürfen. Diese neue Hürde auf dem Weg zum mittleren Bildungsabschluss bedeutet für die Betroffenen eine erneute Stigmatisierung. Akzeptanzprobleme für die neue Schulart sind jetzt schon vorprogrammiert: Denn warum sollte ein Schüler, der die Realschulempfehlung besitzt, freiwillig die Werkrealschule wählen?

Die Absetzbewegung hin zu Realschule und Gymnasium – in denen es diese Notenhürde vor der Abschlussklasse nicht gibt – wird also weiter zunehmen. Ziel der neuen Werkrealschule muss jedoch gerade eine gegenüber der alten Hauptschule deutlich höhere Akzeptanz bei Schülern, Eltern, Lehrkräften und vor allen Dingen auch bei den Betrieben sein.

Von der stets propagierten Gleichwertigkeit der Abschlüsse an Realschule und neuer Werkrealschule kann also nicht Rede sein, so lange die beiden Schularten bei der Grundschulempfehlung nicht gleich behandelt werden und auch beim Übergang in weiterführende allgemein bildende Schulen vom Werkrealschüler bessere Noten verlangt werden als vom Realschüler.

Wer im Übrigen glaubt, Kinder in so genannte praktisch und theoretisch Begabte aufteilen zu können, der muss konsequenterweise für die absolut berufspraktisch orientierte Werkrealschule auch genau diese Begabungen für einen Notendurchschnitt heranziehen. Wenn laut PISA die Hälfte der baden-württembergischen Hauptschüler

nicht ausreichend lesen, rechnen und schreiben kann, dann wird genau diese Hälfte künftig noch weiter an den Rand gedrängt.

Über eine Entwicklung im Bildungsbereich können wir uns jedoch freuen. Was das baden-württembergische Handwerk seit langem fordert ist nun Wirklichkeit: Mitte Juni ist das Gesetz zur Verbesserung des Hochschulzuges beruflich Qualifizierter in Kraft getreten. Es stellt den Meisterabschluss mit dem Abitur gleich und stärkt so die Attraktivität der beruflichen Bildung, ja, sie hält somit auch Handwerkern alle Bildungschancen offen. Außerdem haben beruflich Qualifizierte die Möglichkeit, bei erfolgreichem Abschluss einer mindestens zweijährigen Berufsausbildung und dreijähriger Berufserfahrung, jeweils in einem zum angestrebten Studiengang affinen Bereich, einen fachgebundenen Zugang über eine Eignungsprüfung zu erwerben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch kurz die Vergabepolitik des Landes ansprechen. Vor allem im Zuge von PPP-Vorhaben wird die Ausschreibung in mittelstandsgerechten Teillosen immer mehr umgangen und damit das Handwerk von interessanten Aufträgen ausgeschlossen. Wir werden bei der Politik außerdem auch darauf drängen, dass überall dort, wo die Anbieter auch im öffentlichen Eigentum stehen, der Vorrang des privatwirtschaftlichen Anbieters gelten muss. Herr Eisert wird hierzu auch noch etwas sagen.

Ein weiteres Thema sind die mittelstandsfreundlichen Vergabewertgrenzen für öffentliche Ausschreibungen im Baubereich. Ende dieses Jahres laufen die während der Konjunkturprogramme geltenden höheren Grenzen aus. Die Landesregierung hat sich aus unserer Sicht voreilig auf die niedrigeren Wertgrenzen ab 2011 festgelegt, anstatt erst einmal die Auswertung der vergangenen zwei Jahre abzuwarten, um zu sehen, inwieweit die höheren Wertgrenzen auch tatsächlich zu zeitlich strafferen Vergabeverfahren geführt haben. Eine hohe Transparenz und ein fairer Wettbewerb müssen schließlich auch in Zukunft gewährleistet sein. Öffentliche Ausschreibungen sollten auch künftig die Regel und nicht die Ausnahme sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

alles was es im Jahr 2009 an Wichtigem unserer Arbeit zu erwähnen gibt, können Sie im bewusst ausführlichen Lagebericht zum Jahresabschluss nachlesen. Darauf brauche ich daher nicht mehr einzugehen, zumal die Berichtspunkte Gegenstand der letztjährigen Vollversammlung waren. Herr Dr. Eisert wird Sie jetzt in seinem Bericht über aktuelle Entwicklungen aus dem Kammerbezirk und über die Arbeit der Handwerkskammer informieren. Vielen Dank.